

Pressemitteilung 10.10.2025 (Sperrfrist 11.00 Uhr)

Aktionswoche Armut 2025:

EIN STARKES MITEINANDER: Für soziale Gerechtigkeit – für demokratische Werte!

Stuttgart (10.10.25) – Unter dem Motto „Armut bedroht Alle. EIN STARKES MITEINANDER: Für soziale Gerechtigkeit – für demokratische Werte!“, startet heute die 21. landesweite Aktionswoche „Armut bedroht Alle“ in Baden-Württemberg. Mit vielfältigen Veranstaltungen, Aktionen und Diskussionen macht sie auf die Folgen von Armut aufmerksam und setzt klare politische Zeichen. Im Mittelpunkt stehen die Schwerpunkte Armutsbekämpfung, Recht auf Gesundheit, Wohnen und Bildung für alle Menschen – als Grundrecht.

Armutsbekämpfung ist gesellschaftlicher Auftrag

In Baden-Württemberg leben laut Zahlen des Statistischen Landesamtes vom Januar 2025 nahezu 1,5 Millionen Personen (Quote 13,2%) in Armut oder sind von ihr bedroht. Armut grenzt aus, gefährdet soziale Teilhabe und untergräbt das Vertrauen in demokratische Werte. „Eine gerechte Gesellschaft darf niemanden zurücklassen“, betonen Roland Saurer und Michael Karmann als Sprecher der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg. „Wir brauchen wirksame Strategien zur Armutsbekämpfung – und die klare Haltung, dass Grundrechte für alle gelten.“

Armut ist auf der politischen Agenda angekommen. Seit 2015 gibt es eine belastbare Datenbasis zur Armut in Baden-Württemberg. Wir verstehen Ursachen, Zusammenhänge und Wirkungen heute besser denn je. Viele innovative Ansätze wurden entwickelt, umgesetzt und evaluiert, wie z.B. das Projekt „Housing First“ für wohnungslose Menschen in Baden-Württemberg.

Daraus abgeleitet fordert die Landesarmutskonferenz mit Blick auf die Landtagswahl 2026:

- Fortsetzung der Armutsbekämpfung in der Wahlperiode 2026 bis 2031 durch ausreichende Mittel im Landeshaushalt und Absicherung im Koalitionsvertrag nach der Landtagswahl 2026. Besonders im Ressourcenkonflikt muss Priorität haben, was wirkt.
- Wirksame Modelle und Projekte in die Fläche bringen
- Ausbau der politischen Bildung und sozialen Befähigung von Menschen in Armutslagen bzw. prekären Lebensverhältnissen

Wir haben viele wirksame Modelle erprobt und verbessert – jetzt steht der Transfer in der Fläche an. Wir brauchen einen Ermöglichungsprozess, der nicht an Zuständigkeiten scheitert, sondern Probleme zwischen Landeszuständigkeiten und Kommunen löst.

Gesundheit ist ein Menschenrecht – keine Ware

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Doch Armut bedeutet oft schlechtere medizinische Versorgung, längere Wartezeiten und weniger Zugang zu Prävention. Armut und Ernährung sind darüber hinaus eng verbunden: Menschen in Armut können sich oft keine ausreichende und

gesunde Ernährung leisten, was zu materieller und sozialer Ernährungsarmut führt. Die Aktionswoche fordert deshalb: kosten- und barrierefreie Gesundheitsversorgung für alle. Darüber hinaus sind Maßnahmen erforderlich, um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten und allen Menschen den Zugang zu einer gesunden Ernährung zu ermöglichen – unabhängig von Einkommen oder Aufenthaltsstatus.

Bildung ist ein Menschenrecht – von Anfang an

Bildung ist der Schlüssel zu echten Chancen und Teilhabe. Noch immer entscheidet die soziale Herkunft über den Bildungserfolg. Die Aktionswoche setzt sich ein für kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule, bessere Unterstützung benachteiligter Schulen und digitale Lernmittel für alle Kinder und Jugendlichen.

Wohnen ist ein Menschenrecht – keine Ware

Bezahlbarer Wohnraum ist die Grundlage für soziale Sicherheit. Steigende Mieten und Wohnungslosigkeit bedrohen immer mehr Menschen. Die Forderung lautet: massiver Ausbau von sozialem Wohnungsbau, Schutz vor Wohnungslosigkeit und das klare Bekenntnis: Wohnen ist ein Menschenrecht.

Ein starkes Miteinander

Die Aktionswoche bringt Menschen, Initiativen und Organisationen zusammen, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen. Mit Aktionen in Stadtteilen, Podiumsdiskussionen, Kulturveranstaltungen und Begegnungsformaten werden Betroffene sichtbar gemacht und Lösungen diskutiert. Die Woche dient auch dazu Partizipation zu stärken, damit Menschen in Armutslagen sichtbar und hörbar werden.

Diese Punkte verstehen wir als Auftrag an die gemeinsame Armutskonferenz und Anforderungen an den neuen Koalitionsvertrag.

Einladung an Medien und Öffentlichkeit

Wir laden Pressevertreter*innen und interessierte Bürger*innen herzlich ein, die Veranstaltungen zu besuchen, mit Betroffenen und Expert*innen ins Gespräch zu kommen und damit ein Zeichen zu setzen: Für soziale Gerechtigkeit und für die Stärkung unserer Demokratie.

Roland Saurer
Sprecher des Netzwerk I
LAK BW I

Michael Karmann
Sprecher des Netzwerk II
LAK BW